



Demokratie Monitor 2020

Martina Zandonella

Wien, Dezember 2020

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Methodische Vorgehensweise	5
2 Rückblick und aktueller Kontext: Vom Ausgangspunkt 2018 über die Staatskrise 2019 zur Corona-Pandemie 2020.....	8
3 Grundlegende Einstellungen zur Demokratie.....	10
4 Aktuelle Ausgestaltung von Demokratie in Österreich	15
5 Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation.....	25
6 Drei Kennzahlen von Demokratie für die langfristige Beobachtung	27
7 Zusammenfassung	31
Literatur.....	33
Abbildungen.....	34

Einleitung

Eine Demokratie lebt von BürgerInnen, die demokratische Grundhaltungen teilen und an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen. Die Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie und ihre Beteiligung erhebt der Demokratie Monitor seit 2018 einmal pro Jahr.

Ziel des Demokratie Monitors ist, den aktuellen Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung aufzuzeigen und die dahingehenden Entwicklungen zu beobachten. Daher ist der Demokratie Monitor als jährliches Erhebungsinstrument konzipiert, dessen Indikatoren den Zeitverlauf im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen darstellen. Der Demokratie Monitor schafft damit auch eine empirische Grundlage zur frühzeitigen Erkennung möglicher Warnsignale und will zur Stärkung der Demokratie in Österreich beitragen.

Um Entwicklungen nachvollziehen zu können, unterscheidet der Demokratie Monitor drei Ebenen von Demokratie (Abbildung 1): Die erste Ebene untersucht die grundlegenden Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie: Ist Demokratie die beste aller möglichen Staatsformen? Können sie einem autokratischen System mit einem Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, etwas abgewinnen? Und in welchem Ausmaß stoßen autoritärere Formen von Demokratie auf Zustimmung?

Ebene zwei erfasst das Vertrauen der Menschen in die Demokratie in Österreich: Wie gut funktioniert das politische System aus Sicht der Bevölkerung? Wird die Demokratie als stark wahrgenommen? Und vertrauen die Menschen zentralen demokratischen Institutionen? Die dritte Ebene beinhaltet die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation: In welcher Art und wie häufig beteiligen sich die Menschen an politischen Diskussions-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen? Welche Bevölkerungsgruppen partizipieren mehr, welche weniger?

Abbildung 1: Drei Ebenen von Demokratie



Entlang dieser drei Ebenen fasst der vorliegende Bericht die zentralen Ergebnisse des Demokratie Monitors 2020 zusammen. Dabei stellt Kapitel 1 die Methodik des Demokratie Monitors vor, Kapitel 2 befasst sich mit den grundlegenden Einstellungen der Menschen zur Demokratie, Kapitel 3 mit ihrem Vertrauen in die Demokratie in Österreich und Kapitel 4 mit ihrer politischen und zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Kapitel 5 dient der kompakten und langfristige Beobachtung der drei Ebenen von Demokratie, welche anhand von drei Kennzahlen erfolgt. Kapitel 6 fasst die Ergebnisse auf einen Blick zusammen.

1 Methodische Vorgehensweise

Grundlage des Demokratie Monitors ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsumfrage. Für den aktuell vorliegenden, dritten Demokratie Monitor wurden zwischen 17. August und 10. Oktober 2020 insgesamt 2.188 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich befragt. Dazu wurde der in den Vorjahren entwickelte, standardisierte Fragebogen adaptiert bzw. um aktuelle Ereignisse ergänzt. Er umfasst folgende Inhalte:

- Demokratieverständnis und Demokratiebewusstsein
- demokratische / demokratiefeindliche Werte und Einstellungsmuster
- Vertrauen in demokratische Institutionen und AkteurInnen
- politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
- Aktuelles in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie
- Soziodemografie

Organisation und Durchführung der Erhebung

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 61% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 39% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die InterviewerInnen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Zusätzlich wurde mittels CAWI-Verfahren gearbeitet, das die Durchführung der Erhebung auch online ermöglicht. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 16,5 Minuten.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Die Grundgesamtheit des Demokratie Monitors umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohnerzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die TeilnehmerInnen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwändig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (u.a. Baur & Florian 2009).

Datenprüfung

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Im Zuge von Plausibilitätstests und einer Analyse der fehlenden Werte wurden auffällige Antwortmuster aus dem Datensatz entfernt.

Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (u.a. Schröpfer 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Diese Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen relevanter Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden entlang den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Staatsbürgerschaft und dem Urbanisierungsgrad gewichtet.

Indexbildung

Der Demokratie Monitor erhebt den Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung auf 3 Ebenen: Ebene 1 fasst die grundlegenden Einstellungen der Menschen gegenüber der Demokratie zusammen; Ebene 2 beinhaltet ihr Vertrauen in das politische System in Österreich; Ebene 3 umfasst ihre politische und zivilgesellschaftliche Partizipation.

Für jede dieser drei Ebenen wird eine Kennzahl (Index) berechnet, die im Jahresvergleich mögliche Veränderungen kompakt aufzeigt. Die ursprüngliche Indexbildung im Jahr 2018 erfolgte ebenso wie die Prüfung der Indexqualität ab dem Jahr 2019 auf der Basis von explorativen und konfirmatorischen Faktorenanalysen, Reliabilitätsanalysen sowie validierenden Berechnungen. Diese statistischen Verfahren analysieren Zusammenhangsmuster und identifizieren übergeordnete Konstrukte (Faktorenanalysen), modellieren Beziehungen zwischen Variablen (Regressionsanalysen) und prüfen das Ausmaß, in dem Variablen miteinander in Beziehung stehen (Reliabilitätsanalysen) (Backhaus et al. 2008, Bortz & Döring 2006).

Hinweis zur Interpretation der Ergebnisse

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Subgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit

einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.188$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,1\%$ herangezogen werden: Bei einem Stichprobenanteil von 50% liegt der „wahre“ Anteil zwischen 47,9% und 52,1%.

Sämtliche der in den folgenden Kapiteln dargestellten Unterschiede zwischen Subgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

2 Rückblick und aktueller Kontext: Vom Ausgangspunkt 2018 über die Staatskrise 2019 zur Corona-Pandemie 2020

Der erste Demokratie Monitor im Jahr 2018 hat festgehalten, dass die Demokratie als grundlegendes System in Österreich stark verankert ist. Auch die Ausgestaltung von Demokratie in Österreich wurde mehrheitlich positiv bewertet – zwei Drittel der Menschen vertraten 2018 die Ansicht, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Diese Einstellungen spiegelten sich in der politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation der Menschen, wobei vor allem die Beteiligung an Wahlen und im direkten Umfeld hoch war.

Der Demokratie Monitor 2018 identifizierte jedoch auch zwei Warnsignale für die Demokratie in Österreich: Erstens äußerte ein Drittel der Bevölkerung autoritäre Demokratievorstellungen. Diese gehen in Richtung einer Einschränkung der „Checks and Balances“ und betreffen die Rechte der Opposition, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien und die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit. Zweitens drückte ökonomische Unsicherheit auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie in Österreich und behinderte ihre politische Partizipation.

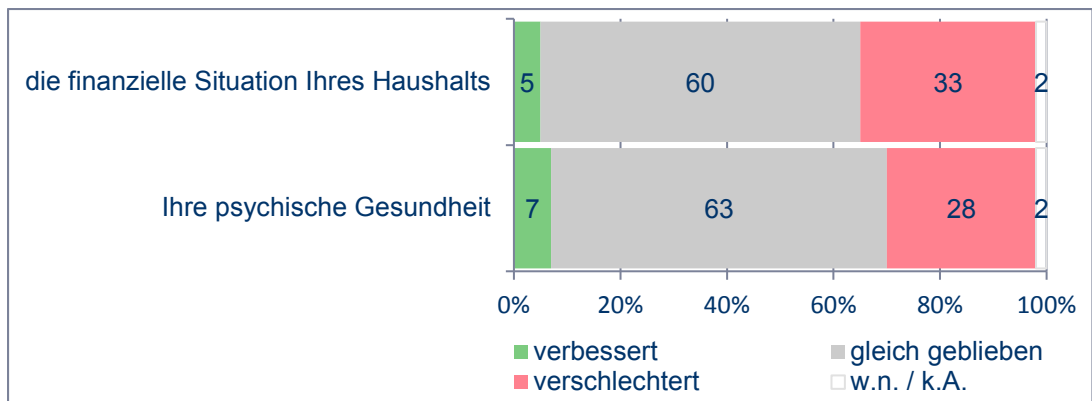
Im Jahr 2019 stellten „Ibiza“ und die daran anschließende Staatskrise das Vertrauen der Menschen in die Demokratie auf die Probe. Der Demokratie Monitor hat gegen Ende des Jahres aufgezeigt, dass die Demokratie als grundlegendes System bei den Menschen in Österreich nach wie vor breit verankert war. Das ökonomisch stärkste Drittel hatte jedoch hinsichtlich seiner autoritären Einstellungen zum Rest der Bevölkerung aufgeschlossen.

In Hinblick auf das Vertrauen in das politische System in Österreich hat 2019 eine Verschiebung stattgefunden: Während deutlich weniger Menschen als noch 2018 davon überzeugt waren, dass das politische System gut funktioniert, ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten stark angestiegen. Der Vertrauensverlust infolge von „Ibiza“ konnte demnach weitgehend innerhalb des demokratischen Systems aufgefangen werden.

Verfestigt hat sich zum einen das Drittel der Bevölkerung, welche autoritäre Demokratievorstellungen äußern. Zum anderen hat sich 2019 auch am geringen Vertrauen in die Demokratie und an der geringen politischen Beteiligung des ökonomisch schwächsten Drittels nichts geändert.

Mit dem Jahr 2020 kam die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen sind weitreichend. Zusammengefasst berichtet ein Drittel der Bevölkerung, dass sich im Zuge der Pandemie ihre finanzielle Lage verschlechtert hat, bei 28% hat sich die psychische Gesundheit verschlechtert (Abbildung 2).

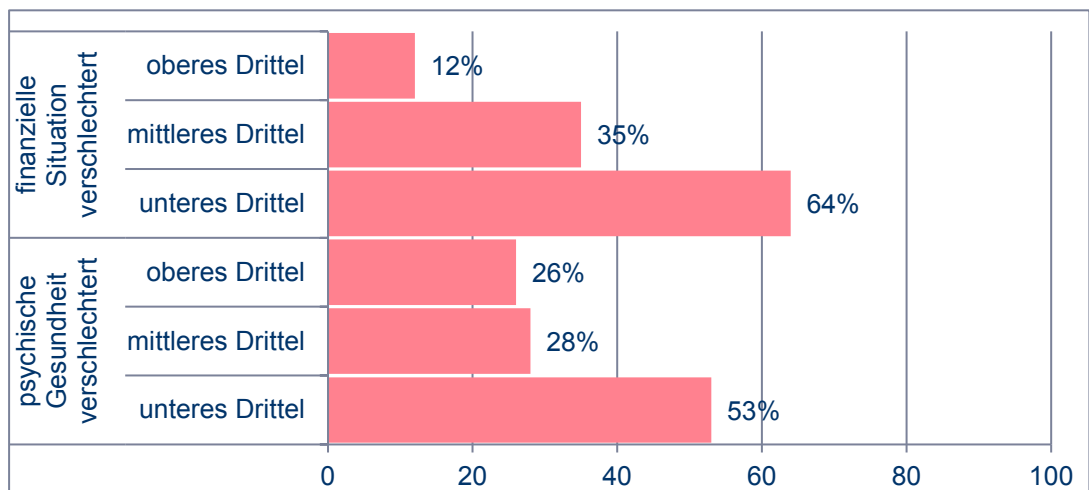
Abbildung 2: Auswirkungen der Corona-Pandemie



Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona-Pandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Corona-Pandemie die finanzielle Situation Ihres Haushalts / Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert, oder ist sie gleichgeblieben?“

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffen ist das ökonomisch schwächste Drittel – das sind jene Menschen, deren Haushaltseinkommen im unteren Einkommensdrittel liegt und deren finanzielle Absicherung für die Zukunft gering oder gar nicht vorhanden ist: Rund zwei Drittel (64%) von ihnen berichten eine (weitere) Verschlechterung ihrer finanziellen Lage, bei rund der Hälfte (53%) hat sich die psychische Gesundheit verschlechtert. Wesentlich seltener betroffen ist das ökonomisch stärkste Drittel: 12% berichten eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation, 16% eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit (Abbildung 3).

Abbildung 3: Auswirkungen entlang ökonomischer Ressourcen

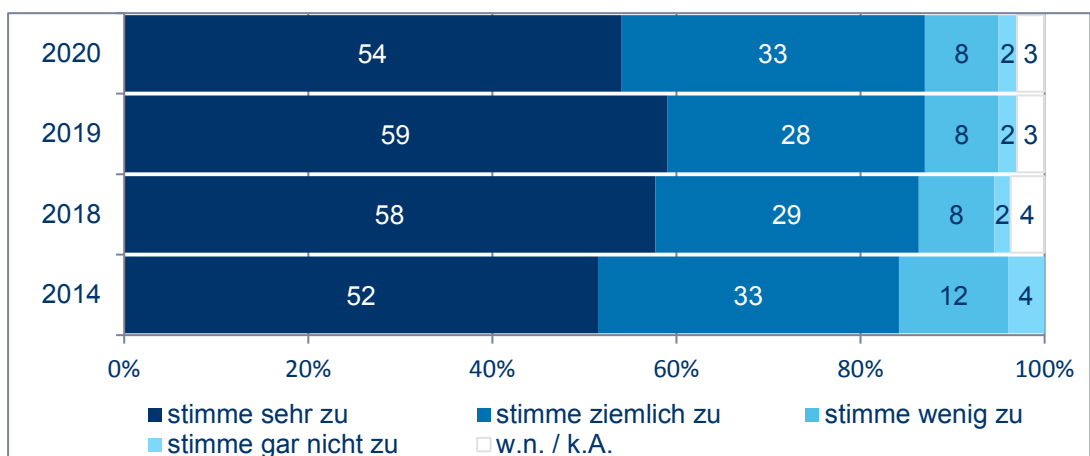


Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona-Pandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Corona-Pandemie die finanzielle Situation Ihres Haushalts / Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert, oder ist sie gleichgeblieben?“

3 Grundlegende Einstellungen zur Demokratie

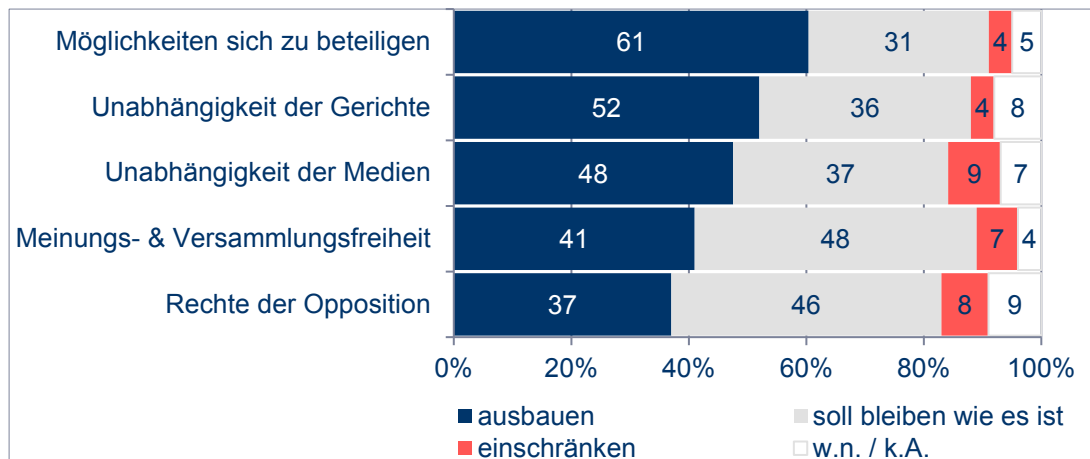
Wie steht die Bevölkerung nun im Jahr der Corona-Pandemie zur Demokratie? Betrachten wir in einem ersten Schritt die grundlegenden Einstellungen der Menschen zur Demokratie als System. Hier beobachtet der Demokratie Monitor weiterhin eine hohe Zustimmung: Für nahezu neun von zehn Menschen (87%) ist die Demokratie – auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag – die beste Staatsform. Insgesamt betrachtet entspricht dies den Ergebnissen der beiden Vorjahre (Abbildung 4).

Abbildung 4: Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

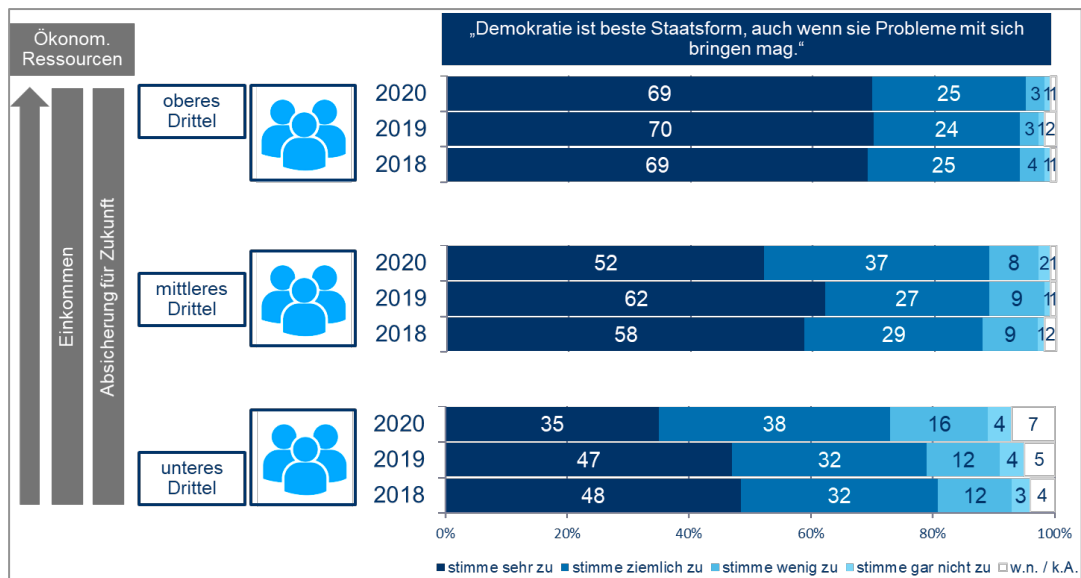
Der ebenfalls gleichbleibende starke Wunsch nach einem Ausbau unterschiedlicher demokratischer Rechte unterstreicht die grundlegend positive Einstellung der Menschen in Österreich zur Demokratie. So sprechen sich 61% der Menschen dafür aus, Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen, rund die Hälfte möchte die Unabhängigkeit der Medien stärken und mehr als ein Drittel die Rechte der Opposition. Auch der Anteil jener Menschen, die in diesem Zusammenhang Einschränkungen fordern, ist über die drei Jahre hinweg konstant: Zwischen 4% und 9% denken, dass die Regierung die Beteiligungsmöglichkeiten, die Unabhängigkeit von Gerichten oder Medien, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder die Rechte der Opposition einschränken sollte (Abbildung 5).

Abbildung 5: Ausbau und Einschränkung von Rechten

Frage im Wortlaut: „Soll die Regierung in Österreich folgendes einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?“

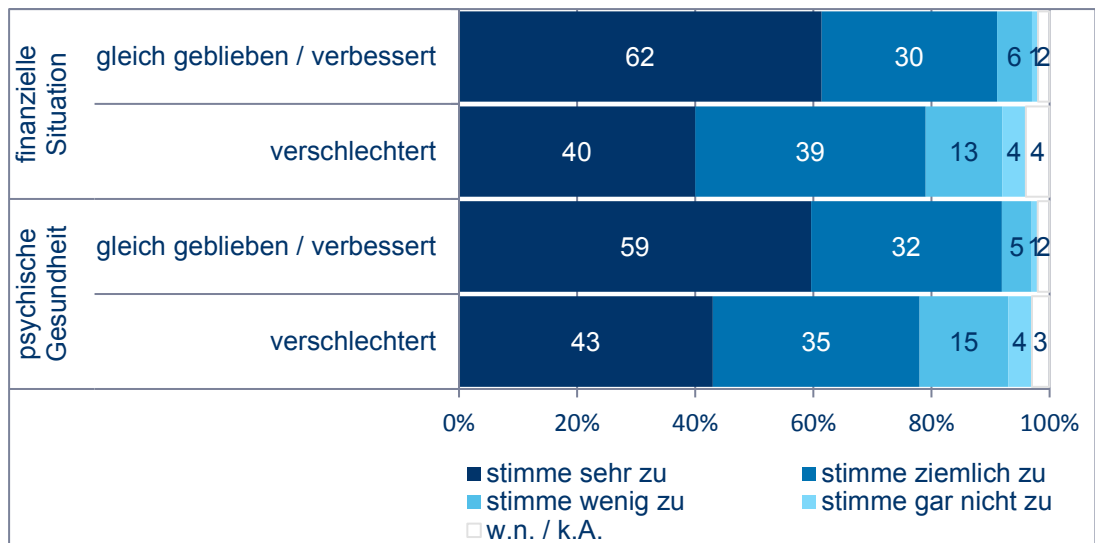
Anschließend an die insgesamt gleichbleibend hohe Zustimmung zur Demokratie als bester Regierungsform ist jedoch eine Verunsicherung festzustellen. Diese äußert sich allen voran durch eine Verschiebung der Zustimmung von „sehr“ auf „ziemlich“ bei der Aussage „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“: Haben 2019 noch 59% der Bevölkerung „sehr“ und 28% „ziemlich“ zugestimmt, sind es 2020 54% bzw. 33%. Die Verschiebung beträgt also ganze 5 Prozentpunkte (Abbildung 4). Zu beobachten ist diese Verschiebung nicht in allen Bevölkerungsgruppen – sie betrifft allen voran das ökonomisch schwächste Drittel und in etwas geringem Maße auch die Mitte der Gesellschaft (Abbildung 6).

Abbildung 6: Verschiebung der Zustimmung zur Demokratie



Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Berechnete Regressionsmodelle zeigen, dass die ökonomischen Ressourcen der stärkste Prädiktor für die Zustimmung zur Demokratie sind (im Vergleich mit: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Migrationshintergrund, Stadt/Land).

Zentraler – und aktueller – Grund hierfür ist die Betroffenheit von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche im ökonomisch schwächsten Drittel besonders hoch ist und auch in der Mitte der Gesellschaft deutlich mehr Menschen erfasst hat als im ökonomisch stärksten Drittel (Abbildung 2). Hat sich also die finanzielle Lage oder die psychische Gesundheit der Menschen im Zuge der Pandemie verschlechtert, stimmen jeweils rund 40% der Demokratie als bester Staatsform „sehr“ zu. Hat sich in dieser Hinsicht für die Menschen jedoch nichts negativ verändert, liegt die Zustimmung bei jeweils rund 60% und damit wesentlich höher (Abbildung 7).

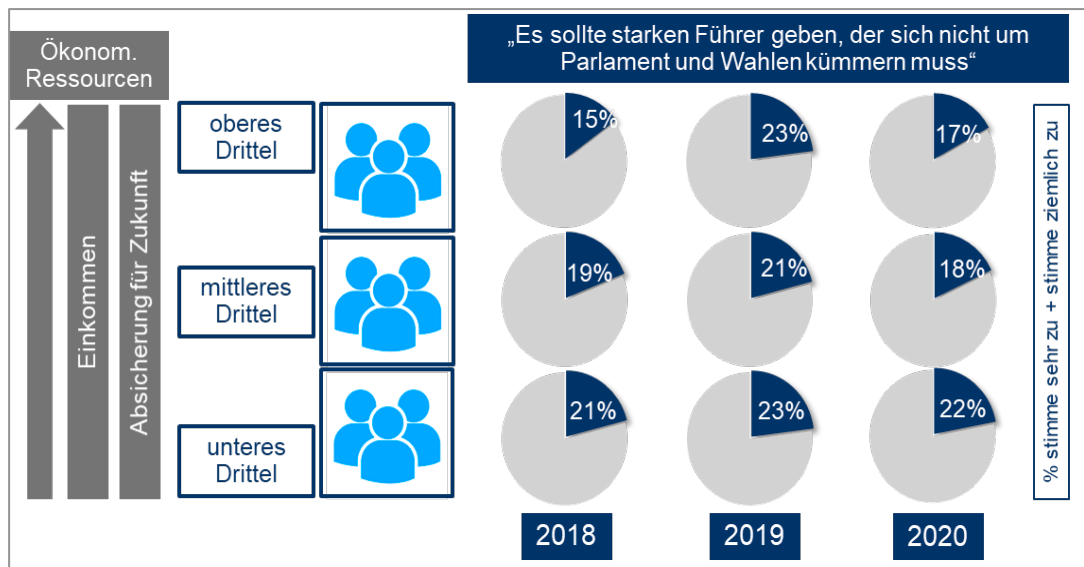
Abbildung 7: Zustimmung zur Demokratie entlang der Betroffenheit von Corona

Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

Über die Jahre hinweg wird außerdem deutlich, dass die Demokratie als grundlegendes System bei den Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel weniger stark verankert ist als in den beiden anderen Gruppen: Liegt die Zustimmung zur Demokratie im ökonomisch stärksten Drittel und in der Mitte der Gesellschaft jeweils bei rund 90% oder darüber („sehr“ und „ziemlich“), erreicht sie im ökonomisch schwächsten Drittel um die 80%, 2020 sogar nur 73% (Abbildung 6). Den langfristig wirkenden Ursachen hinter diesem Befund wird in Kapitel 4 nachgegangen.

Bleiben wir an dieser Stelle noch bei der durch aktuelle Ereignisse hervorgerufenen Verunsicherung im demokratischen Selbstverständnis der Menschen. Derzeit beobachten wir eine solche infolge der hohen Betroffenheit von den Auswirkungen der Corona-Pandemie im ökonomisch schwächsten Drittel und, etwas weniger stark ausgeprägt, auch in der Mitte der Gesellschaft. Letztes Jahr war dieses Bild ein gänzlich anderes: Die Staatskrise 2019 hat das demokratische Selbstverständnis dieser beiden Gruppen kaum tangiert, während sie im ökonomisch stärksten Drittel Aufruhr verursacht und zu einem Anstieg der autoritären Einstellungen geführt hat: Lag beispielsweise die Zustimmung zu einem „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ 2018 bei 15% („sehr“ und „ziemlich“), betrug sie 2019 23%. Der Demokratie Monitor 2020 verweist nun darauf, dass dies ein vorübergehendes Phänomen war, denn die autoritären Einstellungen im ökonomisch stärksten Drittel sind dieses Jahr wieder auf ihren Ausgangswert von 2018 zurückgegangen (Abbildung 8).

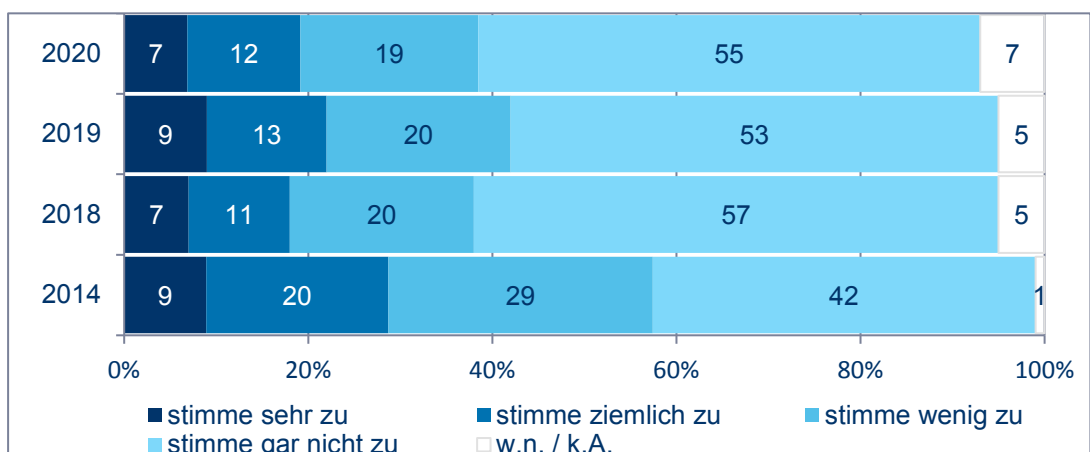
Abbildung 8: Zustimmung zu starkem Führer entlang ökonomischer Ressourcen



Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Berechnete Regressionsmodelle zeigen, dass die ökonomischen Ressourcen der stärkste Prädiktor für die Zustimmung zu einem „starken Führer“ sind (im Vergleich mit: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Migrationshintergrund, Stadt/Land).

Dieser Rückgang an autoritären Einstellungen im ökonomisch stärksten Drittel hat außerdem zur Folge, dass im Jahresvergleich die Zustimmung zu autokratischen Systemen insgesamt gesunken ist: Konnten sich 2019 noch 22% der Menschen in Österreich einen „starken Führer“ vorstellen, sind es 2020 mit 19% etwas weniger (Abbildung 9).

Abbildung 9: Zustimmung zu einem „starken Führer“



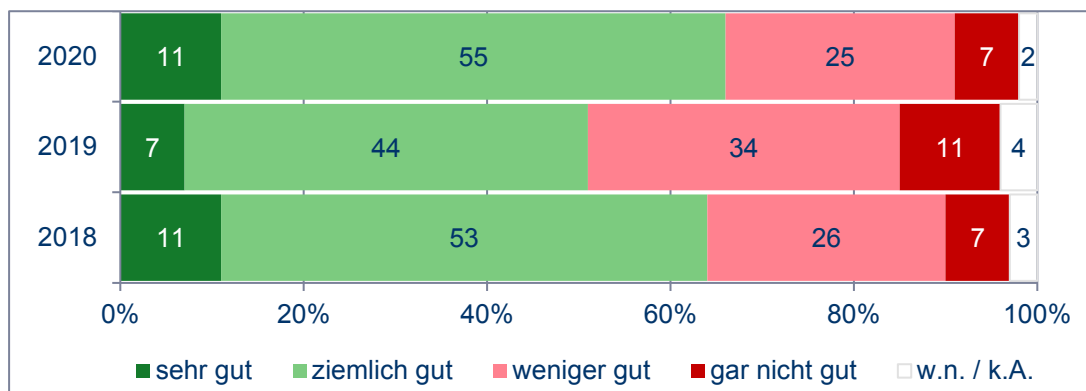
Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

4 Aktuelle Ausgestaltung von Demokratie in Österreich

Anschließend an die grundlegenden Einstellungen der Menschen zur Demokratie (Kapitel 3) befasst sich die zweite Ebene des Demokratie Monitors nun damit, wie es den Menschen mit der Demokratie in Österreich geht: Denken sie, dass das politische System derzeit gut funktioniert? Und vertrauen sie zentralen demokratischen Institutionen?

Nach seinem Einbruch infolge der Staatskrise 2019 hat das Vertrauen in das politische System in Österreich 2020 wieder zugenommen: Dachte vergangenes Jahr nur mehr rund die Hälfte der Bevölkerung, dass unser politisches System gut funktioniert, sind es inzwischen wieder zwei Drittel – ebenso viele wie 2018 (Abbildung 10).

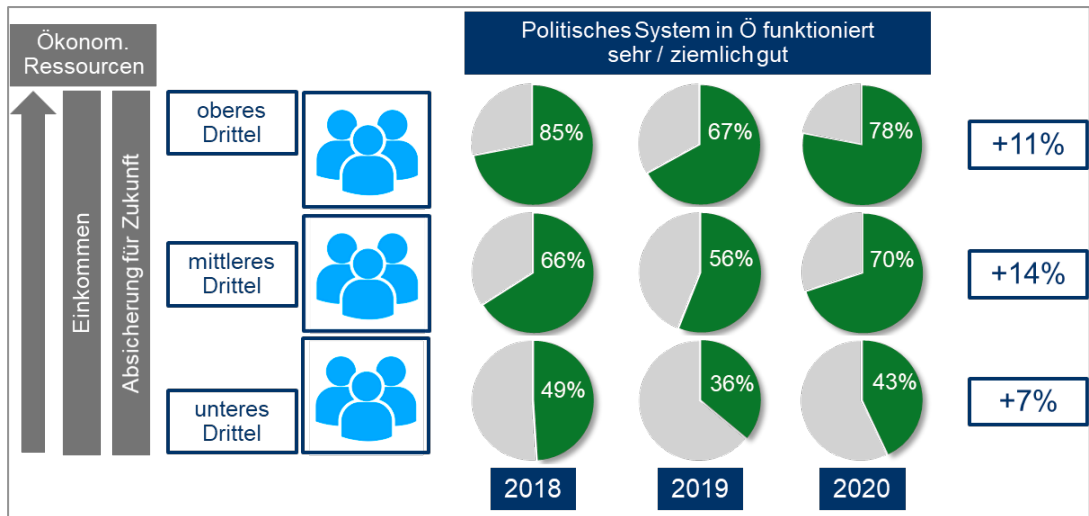
Abbildung 10: Funktioniert das politische System in Österreich?



Frage im Wortlaut: Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet, funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

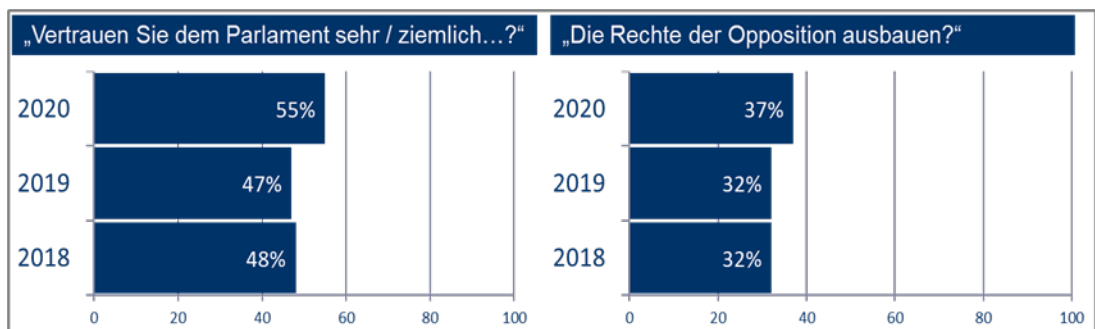
Das Vertrauen in das politische System hat im Corona-Jahr in allen Bevölkerungsgruppen zugelegt – im ökonomisch stärksten Drittel um 11 Prozentpunkte, in der Mitte um 14 Prozentpunkte und im ökonomisch schwächsten Drittel um 7 Prozentpunkte (Abbildung 11). Hervor sticht außerdem, dass im Zuge der Corona-Pandemie der Parlamentarismus an Bedeutung gewinnt: So vertrauen aktuell mehr Menschen dem Parlament als in den beiden Jahren zuvor (55% im Vergleich zu 47% im Jahr 2019 und 48% im Jahr 2018) und mehr Menschen sprechen sich dafür aus, die Rechte der Opposition auszubauen (37% im Vergleich zu jeweils 32% in den beiden Vorgängerjahren). Hinzu kommt, dass mit 84% die überwiegende Mehrzahl der Menschen darauf pocht, gerade in Zeiten wie diesen die demokratischen Spielregeln einzuhalten (Abbildung 12).

Abbildung 11: Funktioniert das politische System in Österreich?



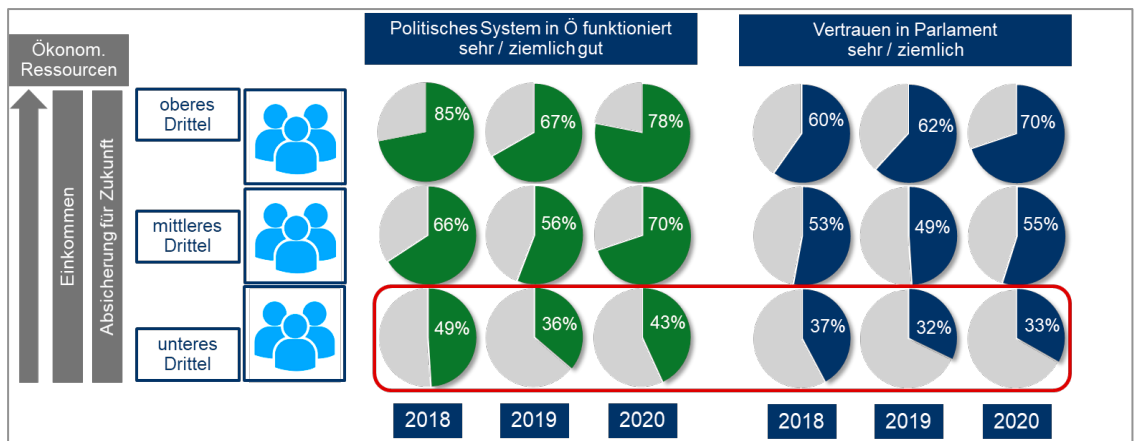
Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Berechnete Regressionsmodelle zeigen, dass die ökonomischen Ressourcen der stärkste Prädiktor für die Bewertung des politischen Systems in Österreich sind (im Vergleich mit: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Migrationshintergrund, Stadt/Land).

Abbildung 12: Vertrauen in das Parlament und Rechte der Opposition



Fragen im Wortlaut: „Vertrauen Sie dem Parlament sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ und „Sollte die Regierung in Österreich die Rechte der Opposition einschränken, ausbauen oder sollte alles so bleiben wie es ist?“

Nach wie vor und über alle drei Erhebungszeitpunkte hinweg drückt ökonomische Unsicherheit auf das Vertrauen in die Demokratie in Österreich. Im ökonomisch schwächsten Drittel denken 2020 immer noch deutlich weniger Menschen als in den beiden anderen Gruppen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (43% im Vergleich zu 70% in der Mitte und 78% im ökonomisch stärksten Drittel). Ebenfalls konstant geringer ist ihr Vertrauen in demokratische Institutionen: Aktuell vertrauen beispielsweise 33% im ökonomisch schwächsten Drittel dem Parlament, jedoch mehr als die Hälfte (55%) in der Mitte der Gesellschaft und 70% im ökonomisch stärksten Drittel (Abbildung 13).

Abbildung 13: Vertrauen in das System entlang ökonomischer Ressourcen

Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Berechnete Regressionsmodelle zeigen, dass die ökonomischen Ressourcen der stärkste Prädiktor für das Vertrauen in das politische System sind (im Vergleich mit: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Migrationshintergrund, Stadt/Land).

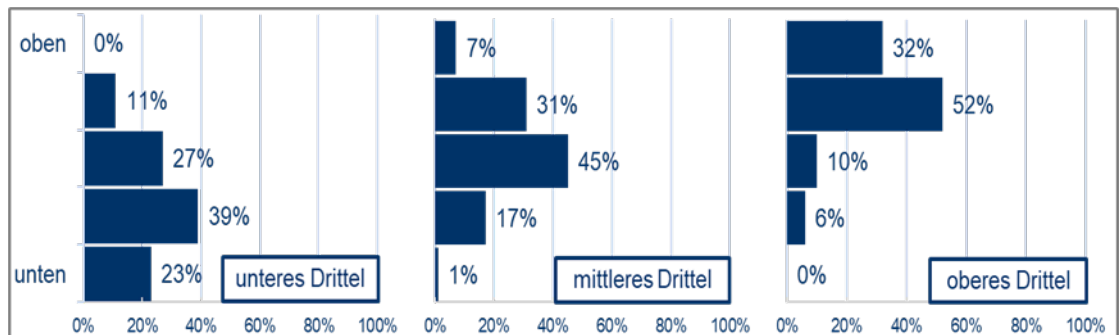
Warum sind die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel weniger von der Demokratie überzeugt bzw. warum vertrauen sie dem politischen System in Österreich in deutlich geringerem Ausmaß als die beiden anderen Gruppen? Um dem auf den Grund zu gehen, sind zwei grundlegendere Fragen relevant. Die erste lautet: Was überzeugt so viele Menschen von der Demokratie? Und daran anschließend: Welche Erfahrungen machen Menschen mit der Demokratie bzw. als Teil von Demokratie?

Das, was die Demokratie für so viele Menschen zur besten Staatsform macht, ist ihr Versprechen auf politische Gleichheit: Egal wer ich bin, was ich besitze oder woher ich komme – ich bin gleich viel wert, habe den gleichen Zugang zu demokratischen Errungenschaften und kann im selben Ausmaß meine bzw. die uns alle betreffenden Lebensumstände politisch mitgestalten. Die Erfahrungen, welche die Menschen in diesem Kontext machen sind jedoch – auch in Österreich – sehr unterschiedlich und sie spalten sich allen voran entlang ihrer sozialen Lage.

So wird den Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel häufig vermittelt, dass sie weniger wert sind: Bitten wir die Menschen, sich entlang der Anerkennung, die sie für ihren Beruf, ihre Arbeit und ihre Lebensweise erhalten im gesellschaftlichen Gefüge einzuordnen, positionieren sich rund 60% der Menschen des ökonomisch schwächsten Drittels in den unteren Statusrängen, 84% des ökonomisch stärksten Drittels in den oberen (Abbildung 14). Auch von politischen Akteur*innen erfahren die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel häufig Abwertung – drei Viertel von ihnen haben sogar

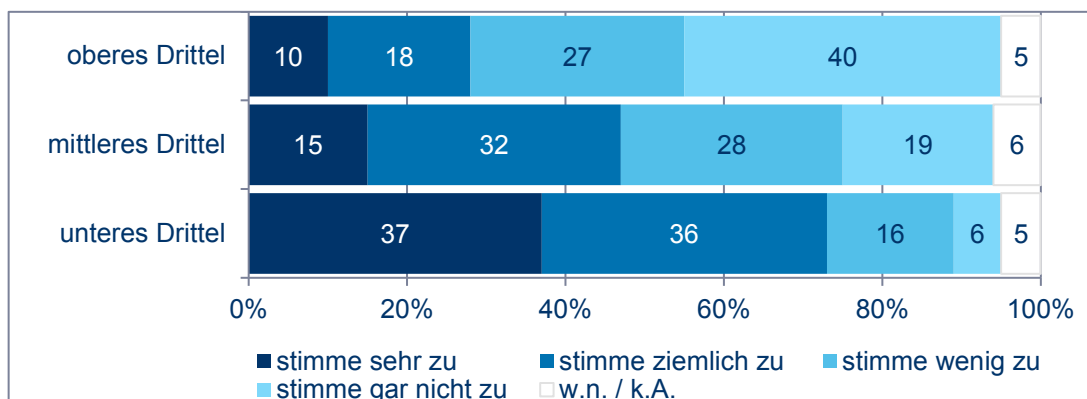
den Eindruck, dass die Politik sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt (Abbildung 15).

Abbildung 14: Subjektiver gesellschaftlicher Status



Frage im Wortlaut: „Auch in Österreich wird immer wieder über Bevölkerungsschichten oder Klassen gesprochen. Welcher Bevölkerungsschicht rechnen Sie sich selbst zu?“

Abbildung 15: „Politik behandelt mich als Mensch zweiter Klasse“

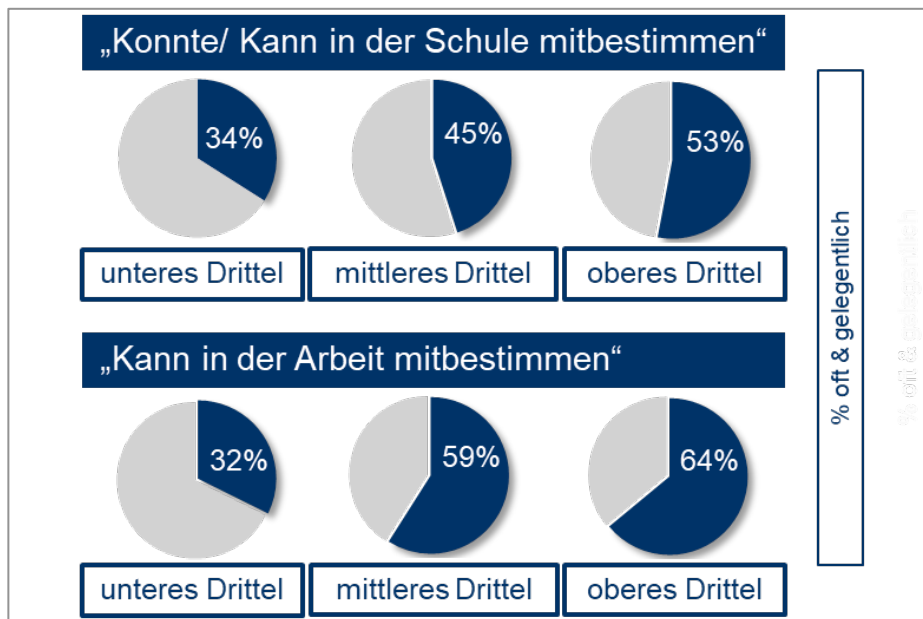


Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Menschen wie ich werden von der Politik oft als Menschen zweiter Klasse behandelt.“

Beim Zugang zu demokratischen Errungenschaften hat das ökonomisch schwächste Drittel ebenfalls das Nachsehen: 57% von ihnen berichten von Diskriminierung beim Übertritt in weiterführende Schulformen, bei der Arbeitssuche, der Wohnungssuche oder dem Zugang zu Gesundheitseinrichtungen.

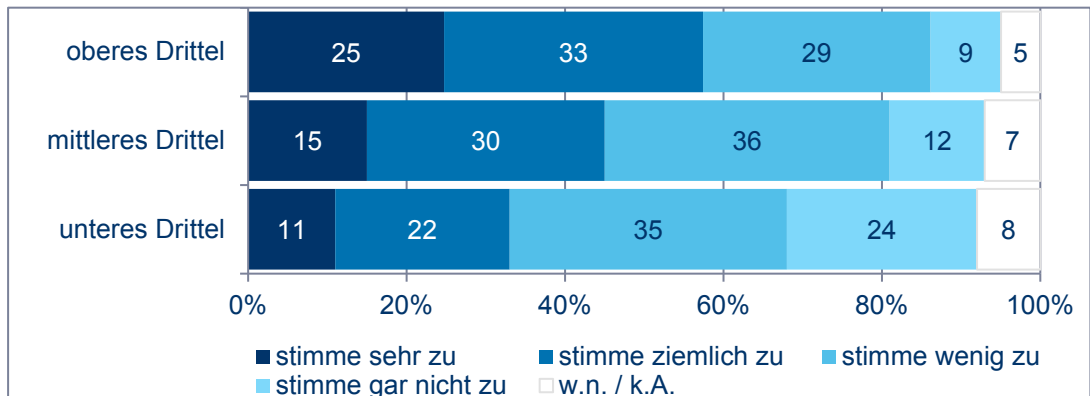
Die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel haben schließlich auch seltener die Möglichkeit, ihre Lebensumstände mitzugestalten. So kann ein Drittel von ihnen (32%) zumindest gelegentlich bei der Arbeit mitbestimmen, wenn für die Belegschaft wichtige Entscheidungen getroffen werden; selbiges gilt für doppelt so viele Menschen (64%) im ökonomisch stärksten Drittel. Ein Blick auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule zeigt ein ähnliches Bild: 34% des ökonomisch schwächsten Drittels hatten zumindest gelegentlich die Möglichkeit, in der Schule mitzugestalten, jedoch 53% des ökonomisch stärksten Drittels (Abbildung 16).

Abbildung 16: Mitbestimmung in Schule und Arbeit



Fragen im Wortlaut: „Konnten / Können Sie in der Schule oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen?“ (alle Befragten) und „Können Sie bei der Arbeit oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen, wenn für die Belegschaft wichtige Entscheidungen getroffen werden?“ (nur Arbeitnehmer*innen).

Auch wenn die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel sich politisch beteiligen (können), ist nur jede*r Dritte überzeugt, damit auch etwas bewirken oder verändern zu können (Abbildung 17). Dieser subjektive Eindruck trägt nicht: In ihrer bahnbrechenden Untersuchung hat Lea Elsässer (2018) für Deutschland festgestellt, dass die Entscheidungen des Bundestages über mehr als dreißig Jahre hinweg (1980 bis 2013) nahezu ausschließlich den politischen Anliegen der oberen Einkommensgruppen gefolgt sind – unabhängig von der Regierungskonstellation und in sämtlichen Politikfeldern, allen voran im Sozial- und Arbeitsmarktbereich. Dementsprechend verwundert es nicht, wenn die Hälfte der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel denkt, dass ihr Leben größtenteils von anderen bestimmt wird.

Abbildung 17: Mit politischer Beteiligung kann ich etwas bewirken

Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.“

Sind es nun aber tatsächlich diese Erfahrungen in Zusammenhang mit Ungleichwertigkeit, Zugangsdiskriminierung und fehlender Mitbestimmung, die das Vertrauen der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel in die Demokratie untergraben? Statistische Modellberechnungen helfen uns, der Antwort auf diese Frage näher zu kommen – mit diesen Modellen können die Effekte von möglichen erklärenden Variablen auf eine zu erklärende Variable geschätzt werden (Backhaus et al. 2008, Bortz & Döring 2006).

Erklärt werden soll im vorliegenden Fall das Ausmaß des Vertrauens der Menschen in die Demokratie in Österreich. Erfasst wird dieses mit dem zweiten Index des Demokratie Monitors (siehe auch Kapitel 6), welcher folgende Fragen zusammenfasst: Denken die Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert? Wie stark vertrauen sie dem Parlament, dem Bundespräsidenten, der Justiz, der Polizei und den Behörden? Nehmen sie die Demokratie in Österreich als eher stark oder eher schwach wahr?¹ Der Index ist außerdem so skaliert, dass der Wert 0 für gar kein Vertrauen in die Demokratie in Österreich steht, der Wert 10 für ein besonders hohes Vertrauen².

Mögliche erklärende Variablen gruppieren sich ersten entlang der Frage nach dem „Wer bin ich“ und umfassen Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, formale Bildung, ökonomische Ressourcen und Land/Stadt. Der zweite Block an möglichen erklärenden Variablen schließt daran an und beinhaltet jene Erfahrungen, welche die Menschen im Kontext von Gleichwertigkeit, Zugang zu demokratischen Errungenschaften und Mitbestimmung machen. Die Hypothe-

¹ Fragen im Wortlaut: (1) „Alles in allem betrachtet, funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“, (2) „Was meinen Sie, ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“, (3) „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht: dem Parlament, dem Bundespräsidenten, der Justiz, der Polizei, den Behörden und Ämtern?“.

² Hinweis zur statistischen Reliabilität des Index: Cronbach's Alpha= 0.850.

sen und das Ergebnis der Modellberechnungen sind in Abbildung 18 schematisch zusammengefasst, vier Aspekte stechen hervor:

- (1) Unsere Vermutung wird bestätigt: **Die Erfahrungen, welche die Menschen entlang ihrer sozialen Lage mit der Demokratie bzw. als Teil von Demokratie machen, bestimmen ihr Vertrauen in die Demokratie.** Konkret erklärt das berechnete Modell 43% der Variation des Vertrauens der Menschen in das politische System in Österreich – ein im sozialwissenschaftlichen Kontext hoher Wert.
- (2) **Ökonomische Ressourcen, formale Bildung und Migrationshintergrund bestimmen die Erfahrungen, die Menschen mit der Demokratie bzw. als Teil von Demokratie machen.** Dabei gilt: Je geringer die ökonomischen Ressourcen und die formale Bildung der Menschen, desto häufiger erleben sie Ungleichwertigkeit bzw. Abwertungen, Zugangsdiskriminierung und Ausschluss von Mitbestimmung. Auch Menschen mit Migrationshintergrund machen diese Erfahrungen häufiger.
- (3) **Ökonomische Ressourcen haben außerdem einen direkten Effekt auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie:** Je geringer sie sind bzw. je prekärer die finanzielle Situation Menschen ist, desto geringer fällt auch ihr Vertrauen in die Demokratie aus. Insgesamt betrachtet haben die ökonomischen Ressourcen den stärksten Effekt auf das Vertrauen der Menschen.
- (4) **Erfahrungen im Kontext von Ungleichwertigkeit, Zugangsdiskriminierung und fehlender Mitbestimmung bestimmen das Vertrauen der Menschen in die Demokratie:** Je häufiger Menschen die Erfahrung machen, dass ihre Arbeit und Lebensweise weniger wert sind, je öfter sie beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitseinrichtungen Diskriminierung erleben und je öfter sie von Mitbestimmung ausgeschlossen werden, desto geringer ist ihr Vertrauen in die Demokratie.

Die folgenden drei Beispiele veranschaulichen die Auswirkungen der sozialen Lage und der daran anknüpfenden spezifischen Erfahrungen auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie in Österreich (Abbildung 19). Sie basieren auf dem berechneten Modell: Mit den Regressionskoeffizienten können Merkmalskombinationen simuliert werden, um deren gesammelten Effekt auf den Vertrauensindex zu schätzen. Dies hat den Vorteil, dass die einzelnen Merkmale in jenen Kombinationen, die wir in der Bevölkerung tatsächlich häufig vorfinden, betrachtet werden können.

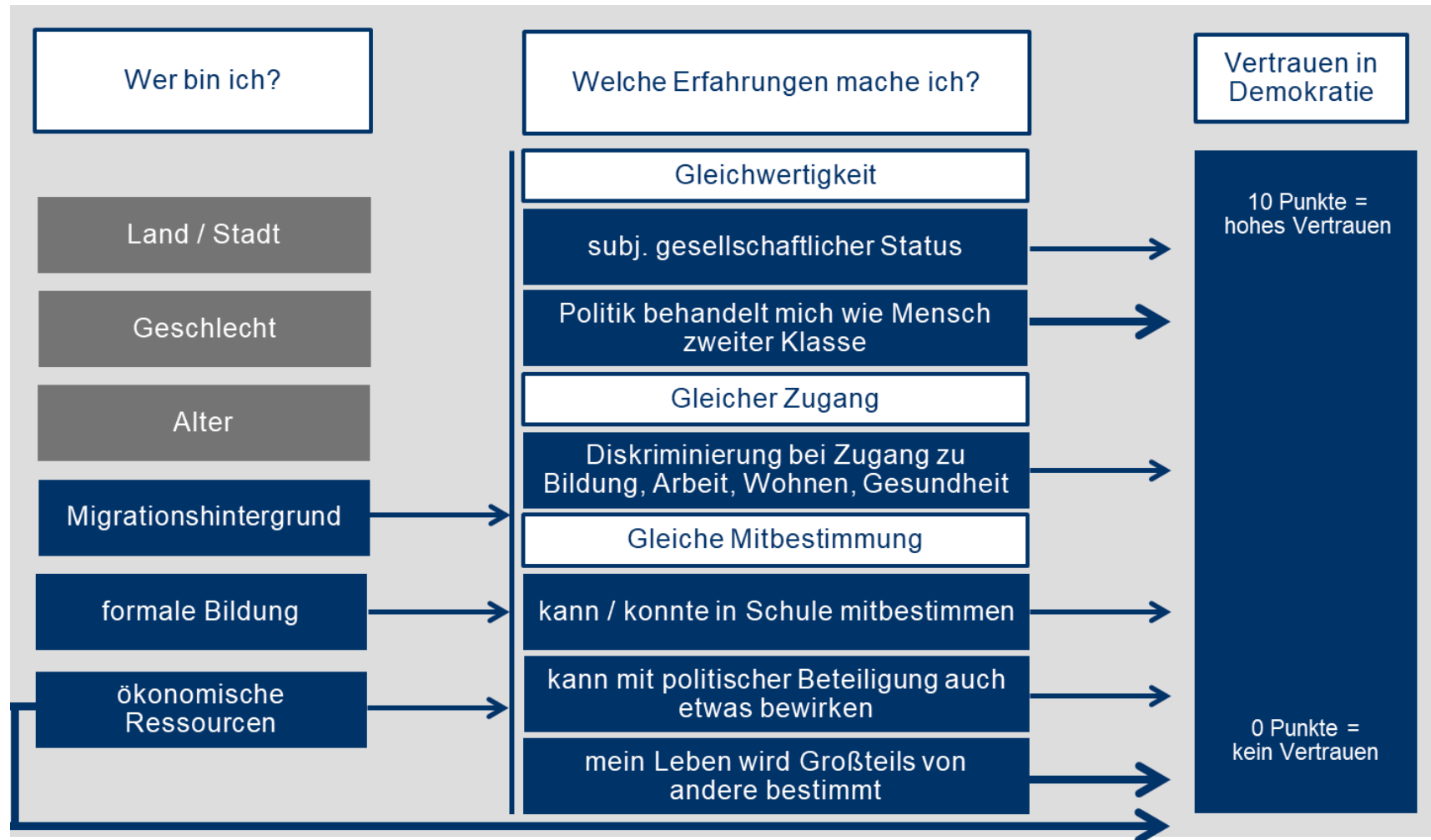
Greifen wir zunächst eine*n typischen Vertreter*in des ökonomisch stärksten Drittels heraus: Dieser Mensch ist finanziell (sehr) gut ausgestattet und ent-

lang der Wertschätzung, die ihm* ihr für seine Arbeit und Lebensweise entgegengebracht wird, verortet er*sie sich in den oberen Statusrängen der Gesellschaft. Auch von der Politik fühlt er*sie sich anerkannt. Diskriminierungserfahrungen beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen oder Gesundheitseinrichtungen kennt er*sie nicht. Mitbestimmen konnte er*sie bereits in der Schule bei zahlreichen Gelegenheiten und im Allgemeinen hat er*sie die Erfahrung gemacht, dass mit politischer Beteiligung etwas bewirkt werden kann bzw. dass die eigenen Lebensumstände politisch mitgestaltet werden können. Mit Bezug auf unseren Vertrauensindex liegt das Vertrauen dieses Menschen in die Demokratie bei 7,6 Punkten (0 = gar kein Vertrauen, 10 = sehr hohes Vertrauen).

Kommen wir nun in die Mitte der Gesellschaft: Durchschnittliche ökonomische Ressourcen und eine durchschnittliche Wertschätzung von Seiten der Gesellschaft und der Politik treffen hier auf eine Selbstverortung in den mittleren Statusrängen. Diskriminierungserfahrungen beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen oder Gesundheit sind unserem* unserer Vertreter*in der Mitte nicht fremd, kommen jedoch nur vereinzelt vor. Er*sie berichtet von gelegentlicher Mitbestimmung in der Schule und hat zumindest teilweise den Eindruck, politisch mitgestalten zu können. Das Vertrauen dieses Menschen in die Demokratie liegt bei 5,3 Punkten.

Ein paar gesellschaftliche Etagen tiefer treffen wir schließlich auf eine*n Vertreter*in des ökonomisch schwächsten Drittels: Die finanzielle Lage ist prekär, die Wertschätzung für Arbeit und Lebensweise gering, Zugangsdiskriminierung wird häufig, Mitbestimmung hingegen selten erlebt. Entlang dieser Erfahrungen positioniert sich dieser Mensch auch in den unteren Statusrängen der Gesellschaft und ist davon überzeugt, politisch nicht mitgestalten zu können. Das Vertrauen dieses Menschen in die Demokratie liegt daran anschließend dann auch nur mehr bei 3,4 Punkten.

Abbildung 18: Schematische Darstellung der Ergebnisse der Modellberechnungen



Anmerkung: Dargestellt sind die signifikanten Effekte der Modellberechnungen; Dickere Pfeile symbolisieren stärkere Effekte.

Abbildung 19: Beispiele zur Veranschaulichung



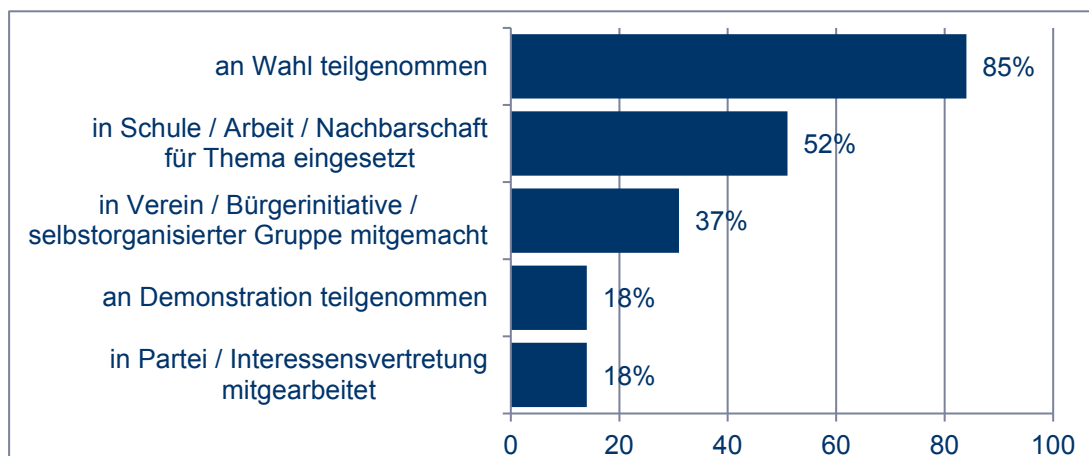
Anmerkung: Berechnet auf Basis der Regressionskoeffizienten.

5 Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Neben den grundlegenden Einstellungen zur Demokratie und dem Vertrauen in die Demokratie in Österreich erfasst der Demokratie Monitor auch noch die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation der Menschen. Im Demokratie Monitor umfasst dies die Teilnahme an Wahlen und Demonstrationen, die Mitarbeit in Vereinen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Gruppen, Parteien oder Interessensvertretungen, das Sich-Einsetzen für ein Thema in Schule, Arbeit oder Nachbarschaft und den Austausch über politische Themen im Alltag.

Von den zahlreichen Möglichkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, stellen Wahlen nicht nur das Kernstück demokratischer Partizipation dar, durch sie nehmen auch die meisten Menschen an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen teil. Dies gilt auch für Österreich: 83% der Menschen haben in den letzten fünf Jahren an einer Wahl teilgenommen. Weit verbreitet ist darüber hinaus die Beteiligung im direkten sozialen Umfeld: Mit 58% hat sich mehr als die Hälfte der Menschen in der Schule, der Arbeit oder der Nachbarschaft für einen anderen Menschen oder ein bestimmtes Thema eingesetzt. Mit rund einem Drittel beteiligen sich deutlich weniger Menschen im Rahmen von Vereinen, Bürgerinitiativen oder selbstorganisierten Gruppen (Abbildung 20).

Abbildung 20: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation



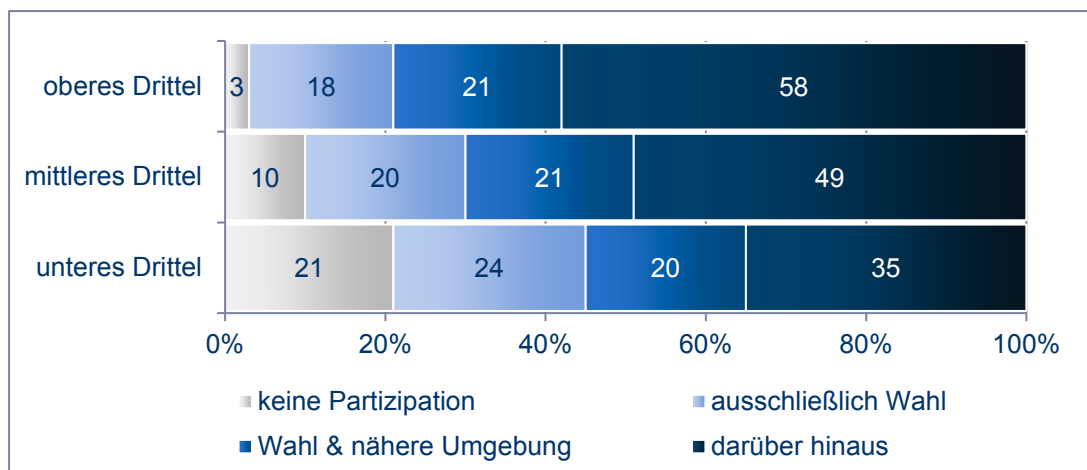
Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

In diesem Jahr sticht hervor, dass sich im Zuge der Corona-Pandemie mehr Menschen als in den beiden Vorgängerjahren in ihrem direkten Umfeld beteiligt haben (ein Plus von sieben Prozentpunkten im Vergleich mit 2019). Im Besonderen junge Menschen leisten hier einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Drei Viertel der 16- bis 26-Jährigen haben sich in

Schule, Arbeit oder Nachbarschaft für jemand anderen eingesetzt, selbiges gilt für 56% der ab 27-Jährigen.

Wie bereits in den Jahren 2018 und 2019 verweist auch der Demokratie Monitor 2020 darauf, dass das ökonomisch schwächste Drittel sich wesentlich seltener politisch beteiligt als die beiden anderen Gruppen. Anschließend an das vorherige Kapitel führt die soziale Lage der Menschen und die Erfahrungen, die sie entlang dieser mit bzw. als Teil von Demokratie machen nicht nur zu einem geringeren Vertrauen in das politische System, sondern auch dazu, dass sie nicht (mehr) am politischen Geschehen teilnehmen. Haben sich in den letzten fünf Jahren 3% des ökonomisch stärksten Drittels in keiner Art und Weise politisch beteiligt, gilt dies für 21% des ökonomisch schwächsten Drittels (Abbildung 21).

Abbildung 21: Politische Beteiligung entlang ökonomischer Ressourcen



Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

6 Drei Kennzahlen von Demokratie für die langfristige Beobachtung

Die drei Ebenen von Demokratie bilden schließlich auch die Basis für jene drei Kennzahlen, deren jährliche Berechnung mögliche Veränderungen in den Einstellungsmustern, dem Vertrauen und der Partizipation der Menschen in der langfristigen Beobachtung sichtbar machen. Die erste Kennzahl fasst die grundlegenden Einstellungen der Menschen gegenüber der Demokratie zusammen und differenziert zwischen uneingeschränkt demokratischen, autoritären bzw. illiberalen und autokratischen Einstellungsmustern:

Menschen mit durchgängig demokratischen Einstellungsmustern („DemokratInnen“) stimmen dabei der Demokratie als bester Staatsform uneingeschränkt zu und lehnen eine Autokratie, an deren Spitze ein Führer steht, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, jedenfalls ab. Zudem sprechen sie sich gegen jegliche Einschränkung der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte und Medien sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus.

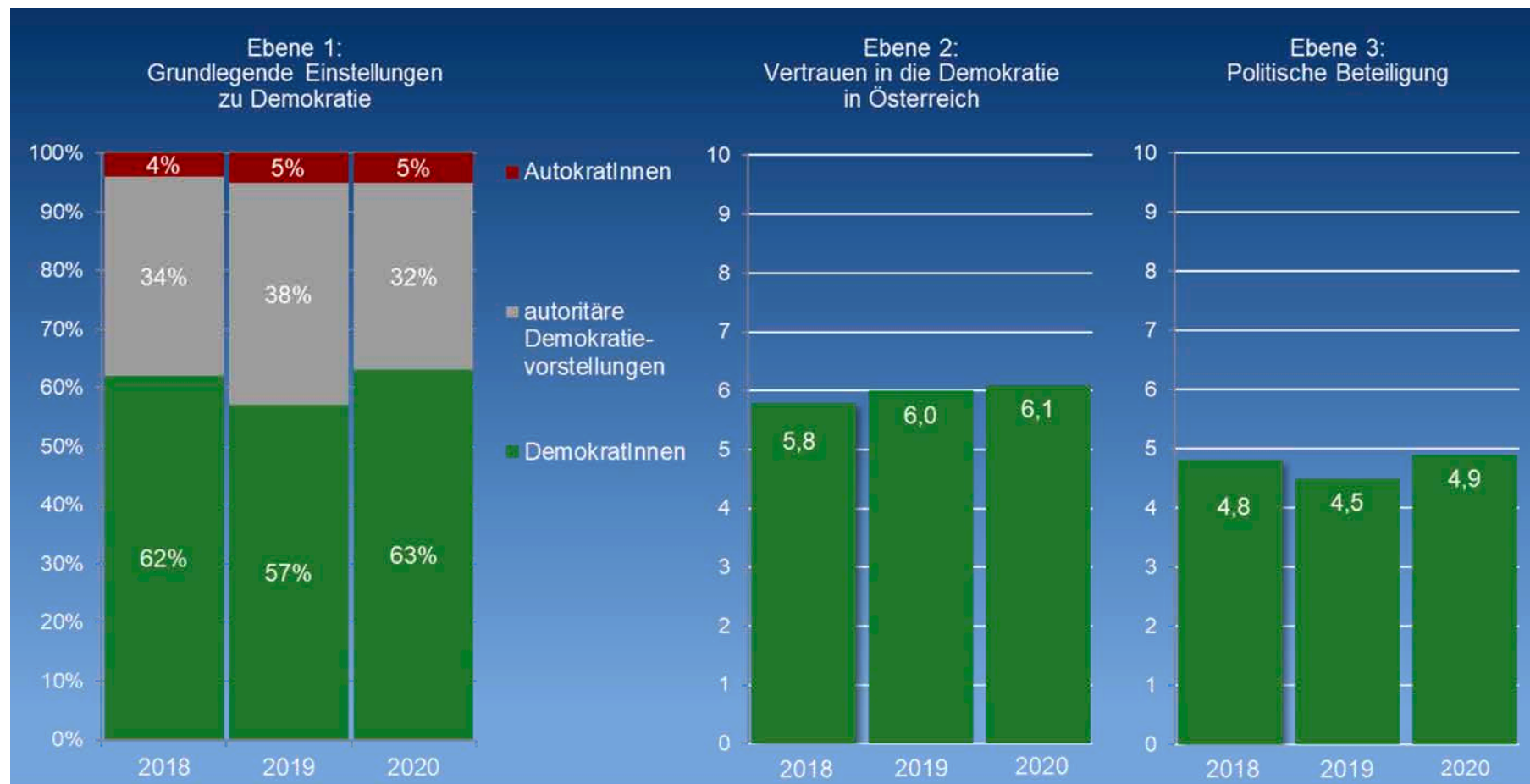
Demgegenüber lehnen Menschen mit ungeteilt autoritärem Einstellungsmuster („AutokratInnen“) die Demokratie ab und sprechen sich für ein autokratisches System in Form eines starken Führers, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, aus. Zwischen diesen beiden Gruppen befinden sich Menschen mit autoritären bzw. illiberalen Demokratievorstellungen. Sie sprechen sich grundsätzlich für die Demokratie als bester Staatsform aus, können sich jedoch unter bestimmten Umständen einen „starken Führer“ vorstellen und/oder befürworten die Einschränkung der Demokratie in zumindest einem der folgenden Bereiche: Einschränkung der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte, der Unabhängigkeit der Medien und/oder der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die zweite Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie die Menschen die Demokratie in Österreich bewerten. Der höchstmögliche Wert von 10 wird erreicht, wenn alle Menschen der Ansicht sind, dass das politische System in Österreich sehr gut funktioniert, dass die Demokratie stark ist und wenn das Vertrauen in zentrale Institutionen der Demokratie hoch ist. Die dritte Kennzahl informiert über politische Partizipation. Der wiederum höchstmögliche Wert von 10 ergibt sich, wenn alle Menschen oft politische Debatten führen und sich im Rahmen von Wahlen, Vereinen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Gruppen, Demonstrationen, politischen Parteien, Interessensvertretungen und in ihrem sozialen Umfeld an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen.

Abbildung 22 fasst die drei Kennzahlen für die Jahre 2018, 2019 und 2020 zusammen: Insgesamt betrachtet haben sich die grundlegenden Einstellungen

zur Demokratie nach der Staatskrise von 2019 erholt und liegen 2020 auf demselben Niveau wie 2018: 63% der Menschen in Österreich zählen zu den überzeugten DemokratInnen, rund ein Drittel vertritt autoritäre Demokratievorstellungen und 5% sind VerfechterInnen autokratischer Systeme. Das Vertrauen in die Demokratie in Österreich ist insgesamt betrachtet leicht angestiegen, ebenso die politische Partizipation.

Abbildung 22: Drei Kennzahlen zur Beobachtung der Demokratie



Anmerkung zu Ebene 1: Die drei Einstellungsmuster sind zusammengesetzt aus den Zustimmungen zu den Fragen: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“; „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“; „Soll die Regierung in Österreich die Rechte der Opposition / die Unabhängigkeit der Gerichte / die Unabhängigkeit der Medien / die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?“

Anmerkung zu Ebene 2: Diese Kennzahl setzt sich aus folgenden Fragen zusammen: „Alles in allem betrachtet, funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“. „Was meinen Sie, ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“. „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht: dem Parlament, dem Bundespräsidenten, der Justiz, der Polizei, den Behörden

und Ämtern?“. Der Höchstwert von 10 Punkten bedeutet, dass 100% der Menschen (1) denken, dass das politische System sehr gut funktioniert; (2) denken, dass die Demokratie in Österreich eher stark ist; (3) dem Parlament, dem Bundespräsidenten, der Justiz, der Polizei, den Behörden und Ämtern sehr vertrauen. Hinweis zur statistischen Reliabilität des Index: Cronbach's Alpha = 0,850.

Anmerkung zu Ebene 3: Diese Kennzahl setzt sich aus folgenden Fragen zusammen: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren an einer Wahl teilgenommen / an einer Demonstration teilgenommen / in einer Partei oder Interessensvertretung mitgearbeitet / in einem Verein, einer Bürgerinitiative oder einer selbstorganisierten Gruppe mitgearbeitet / sich in Schule, Arbeit, Nachbarschaft für ein Thema oder eine Person eingesetzt?“ „Diskutieren Sie oft, gelegentlich, selten oder nie über Politik?“. Der Höchstwert von 10 Punkten bedeutet, dass 100% der Menschen (1) sich in den letzten fünf Jahren über sämtliche der genannten Formen beteiligt haben und (2) oft über Politik diskutieren. Hinweis zur statistischen Reliabilität des Index: Cronbach's Alpha = 0,792.

7 Zusammenfassung

Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Ersten Republik hat SORA den Demokratie Monitor ins Leben gerufen. Der Demokratie Monitor zeigt jährlich den Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung auf und beobachtet dahingehende Entwicklungen über die Zeit. Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Welche grundlegenden Einstellungen haben die Menschen zur Demokratie als Staatsform? Vertrauen die Menschen dem politischen System in Österreich? Und beteiligen sie sich an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen?

Der Demokratie Monitor wird seit dem Jahr 2018 einmal pro Jahr erhoben und gründet auf einer repräsentativen Befragung von Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. In den erst drei Jahren seines Bestehens hat der Demokratie Monitor bereits turbulente Zeiten begleitet: 2019 prägte die auf „Ibiza“ folgende Staatskrise das Land und stellte das Vertrauen der Menschen in die Demokratie auf die Probe, 2020 folgte die Corona-Pandemie. Deren Auswirkungen sind weitreichend: Ein Drittel der Menschen berichtet infolge der Pandemie von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation, mehr als ein Viertel von einer angeschlagenen psychischen Gesundheit.

Dies geht auch an den Einstellungen der Menschen zur Demokratie nicht spurlos vorüber: Zwar ist die Demokratie als grundlegendes System nach wie vor breit verankert – nahezu neun von zehn Menschen sind davon überzeugt, dass die Demokratie, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag, die beste Staatsform ist. Dahingehende Verunsicherung beobachten wir jedoch im ökonomisch schwächsten Drittel und in der Mitte der Gesellschaft: In beiden Gruppen ist die Zustimmung zur Demokratie heuer weniger stark ausgeprägt als noch in den Jahren zuvor. Aktueller Grund hierfür ist die Betroffenheit von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche im ökonomisch schwächsten Drittel besonders hoch, jedoch auch in der Mitte der Gesellschaft deutlich höher als im ökonomisch stärksten Drittel ist: Hat sich die finanzielle Lage oder die psychische Gesundheit der Menschen im Zuge der Pandemie verschlechtert, leidet auch ihr demokratisches Selbstverständnis.

Im Gegensatz dazu hat die Staatskrise des Jahres 2019 die grundlegenden Einstellungen zur Demokratie im ökonomisch schwächsten Drittel und in der Mitte der Gesellschaft nicht tangiert. Im ökonomisch stärksten Drittel hat sie jedoch Aufruhr verursacht und einen Anstieg an autoritären Einstellungen mit sich gebracht. Der Demokratie Monitor 2020 verweist nun darauf, dass dies ein vorübergehendes Phänomen war, denn die autoritären Einstellungen im ökonomisch stärksten Drittel sind dieses Jahr wieder auf ihren Ausgangswert von 2018 zurückgegangen. Damit haben die autoritären Einstellungsmuster in der Bevölkerung auch insgesamt wieder etwas abgenommen.

Das Vertrauen in die Demokratie in Österreich ist 2019 im Zuge der Staatskrise hingegen in allen Bevölkerungsgruppen eingebrochen – letztes Jahr dachte nur mehr die Hälfte der Menschen, dass unser politisches System gut funktioniert. Auch hier beobachtet der Demokratie Monitor 2020 eine Erholung, denn dem politischen System vertrauen inzwischen wieder zwei Drittel der Menschen – ebenso viele wie im Jahr 2018. Im Zuge der Corona-Pandemie ist außerdem das Bewusstsein für demokratische Institutionen und Prozesse angestiegen: Mehr Menschen als in den Jahren zuvor vertrauen dem Parlament und fordern einen Ausbau der Oppositionsrechte. Auch pocht die überwiegende Mehrzahl der Menschen darauf, dass gerade in schwierigen Zeiten wie diesen die demokratischen Spielregeln eingehalten werden müssen.

Im Corona-Jahr hat das Vertrauen in das politische System in allen Bevölkerungsgruppen wieder zugelegt. Nach wie vor drückt jedoch ökonomische Unsicherheit auf dieses Vertrauen und behindert außerdem politische Beteiligung. Der Demokratie Monitor 2020 hat dies genauer unter die Lupe genommen und festgestellt: Verantwortlich für das geringere Vertrauen und die geringere politische Beteiligung des ökonomisch schwächsten Drittels sind spezifische Erfahrungen, die die Menschen entlang ihrer sozialen Lage mit bzw. als Teil von Demokratie machen.

So bekommen die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel häufig vermittelt, dass sie selbst, ihre Arbeit und ihre Lebensweise weniger wert sind. Sie berichten außerdem häufig von Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitseinrichtungen. Und sie haben insgesamt weniger Möglichkeiten, ihre Lebensumstände und Arbeitsbedingungen mitzugestalten. Beteiligen sie sich politisch, erfahren sie wiederum seltener, dass dies tatsächlich etwas verändern kann. All das bedingt ihr geringes Vertrauen in die Demokratie, deren zentrales Versprechen jenes nach politischer Gleichheit ist:

Egal wer wir sind, was wir besitzen oder woher wir kommen – wir sind gleich viel wert, haben gleichen Zugang zu demokratischen Errungenschaften und können die eigenen bzw. die uns alle betreffenden Lebensumstände im selben Ausmaß politisch mitgestalten. Der Demokratie Monitor 2020 legt offen, dass dies für die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel nicht gilt – ihre Erfahrungen im Kontext von Demokratie sind geprägt von Ungleichwertigkeit und Abwertung, Zugangsdiskriminierung und dem Ausschluss von (wirksamer) politischer Beteiligung. Ist es uns Ernst mit der Demokratie, können wir das nicht länger ausblenden. Dies gilt ganz besonders auch in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, denn Ausnahmesituationen wie diese legen nicht nur bestehende Ungleichheiten offen, sie verstärken diese noch weiter.

Literatur

- Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (2008): *Multi-variate Analysemethoden*. Berlin: Springer.
- Baur, Nina / Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online Umfragen. In: Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): *Sozialforschung im Internet*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-129.
- Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (2006): *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer.
- Elsässer, Lea (2018): *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, S. 117-149, verfügbar unter: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_46.pdf

Abbildungen

Abbildung 1: Drei Ebenen von Demokratie	3
Abbildung 2: Auswirkungen der Corona-Pandemie	9
Abbildung 3: Auswirkungen entlang ökonomischer Ressourcen	9
Abbildung 4: Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform	10
Abbildung 5: Ausbau und Einschränkung von Rechten	11
Abbildung 6: Verschiebung der Zustimmung zur Demokratie	12
Abbildung 7: Zustimmung zur Demokratie entlang der Betroffenheit von Corona	13
Abbildung 8: Zustimmung zu starkem Führer entlang ökonomischer Ressourcen	14
Abbildung 9: Zustimmung zu einem „starken Führer“	14
Abbildung 10: Funktioniert das politische System in Österreich?	15
Abbildung 11: Funktioniert das politische System in Österreich?	16
Abbildung 12: Vertrauen in das Parlament und Rechte der Opposition	16
Abbildung 13: Vertrauen in das System entlang ökonomischer Ressourcen	17
Abbildung 14: Subjektiver gesellschaftlicher Status	18
Abbildung 15: „Politik behandelt mich als Mensch zweiter Klasse“	18
Abbildung 16: Mitbestimmung in Schule und Arbeit	19
Abbildung 17: Mit politischer Beteiligung kann ich etwas bewirken	20
Abbildung 18: Schematische Darstellung der Ergebnisse der Modellberechnungen	23
Abbildung 19: Beispiele zur Veranschaulichung	24
Abbildung 20: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	25
Abbildung 21: Politische Beteiligung entlang ökonomischer Ressourcen	26
Abbildung 22: Drei Kennzahlen zur Beobachtung der Demokratie	29